

Rede von Ursula Nonnemacher

Ursula Nonnemacher spricht zur Langfristigen Sicherung der pflegerischen Versorgung

- Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede!

Die demografische Entwicklung in Brandenburg führt zu einer erheblichen Zunahme älterer und hochbetagter Menschen. Nicht nur in den peripheren Regionen, auch die ehemals jungen Familien, die sich vor zwanzig Jahren rund um Berlin im Brandenburger Speckgürtel ansiedelten, kommen in die Jahre und werden Pflegeleistungen benötigen. Diese Entwicklungen stellen neue Anforderung an unser gesundheitliches und pflegerisches Versorgungssystem. Auch die Kommunen und die Akteure vor Ort sind gefordert, spezifische Lösungen für unterschiedliche Pflegebedarfe bereitzustellen.

Aufgrund der Datenlage zur Pflege lässt sich für Brandenburg prognostizieren, dass sich die Zahl der Pflegebedürftigen von 96.000 im Jahr 2011 auf 163.000 Personen im Jahr 2030 erhöhen wird. Eine besondere Herausforderung stellt die stark steigende Zahl von Demenzkranken dar. Aber nicht nur die im sogenannten Basisszenario hochgerechnete Zahl von Pflegebedürftigen – immer vorausgesetzt, es ändert sich nichts – ist eine ungeheure Herausforderung. Der prognostizierte Bedarf an Pflegekräften im ambulanten und stationären Bereich und die notwendige Verdoppelung der Erstausbildungsplätze in der Altenpflegeausbildung werden vor den demografischen und finanziellen Problemen des Landes Brandenburg kaum zu realisieren sein. Dazu müssten 2030 8% aller Schulabgänger sich für die Altenpflegeausbildung entscheiden. Undenkbar vor dem Hintergrund des allgemein zunehmenden Fachkräftemangels und der geringen

Attraktivität des Pflegeberufes. Die Diskrepanz zwischen Bedarf und finanziellen Möglichkeiten wird besonders groß, wenn man sich die hochgerechneten Kosten der Hilfe zur Pflege nach §§ 61-66 SGB XII anschaut. Dort ist von einer Steigerung von 42 Mio. in 2011 auf 72 bis 233 Mio. Euro in 2030 die Rede.

Positiv hervorzuheben ist, dass in Brandenburg rund 77 Prozent der Pflegebedürftigen in der eigenen Häuslichkeit versorgt werden (2011). Das ist ein bundesweiter Spitzenwert und spricht für die Arbeit der pflegenden Angehörigen im Land. Auch gibt es mehr Pflegebedürftige, die auf ambulante Dienste zugreifen, als Pflegebedürftige in stationären Einrichtungen sind, was heißt, dass die zu Pflegenden Daheim gepflegt werden können.

Kein Wunder, dass aus den geschilderten Status-Quo-Projektionen vor allem zwei Handlungsfeldern Priorität beigemessen wird:

1. der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit und
2. der Rehabilitation und der Unterstützung „lokaler sorgender Gemeinschaften“, der Etablierung flächendeckender „Netzwerke ambulanter Pflege“.

Bei der Vermeidung von Pflegebedürftigkeit, der Prävention, kommt der Bericht zu dem durchaus richtigen Erkenntnis, dass „die Schnittstellen der Pflege zur Gesundheitspolitik und medizinischen Versorgung eines der entscheidenden Gestaltungsfelder sein dürften“. Wie wahr! Vielleicht macht die Landesregierung dahingehend ja bald mal ihre Hausaufgaben und hebt den völlig unsinnigen Ressortzuschnitt seit 2009 wieder auf. Gesundheits- und Pflegepolitik müssen Hand in Hand gehen!

„Die Unterstützung lokaler sorgender Gemeinschaften ist die beste Investition – in Bezug auf Prävention und in Bezug auf Bewältigung von Pflegebedürftigkeit. Hier muss stärker als bisher Mitgestaltung und Begleitung des Landes bereitgestellt werden“, lesen wir im Bericht. Auch alles richtig! Ebenso die sattem bekannten Vorschläge zur Stärkung des Ehrenamtes, der familialen Pflege, der Förderung kleinteiliger innovativer Lösungen. Zur Vernetzung sollen hauptamtliche Stellen in den Kommunalverwaltungen geschaffen werden. Wenn ich mir die prima Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen bei

konnexitätrelevanten Sozialleistungen anschau, sehe ich schwarz für die hauptamtlichen Stellen!

Auf die abschließende Auswertung der „Brandenburger Fachkräftestudie Pflege“ bin ich gespannt. Da aber die Dynamik gesellschaftlicher Verhältnisse verhindert, feste Lösungen für die nächsten 20 Jahre zu entwickeln, schlage ich zur Prävention folgendes vor – schließlich sollten wir als Volksvertreter mit gutem Beispiel vorangehen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werfen wir die Zigaretten in die Tonne, nehmen den body mass index fest ins Visier, packen die Badehose und die Lafschuhe ein und legen wir – dies sage ich insbesondere für die Kollegen der FDP – mindestens einmal pro Woche einen Veggieday ein. Die Sozialsysteme werden es uns danken!

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag



[Redemanuskript als PDF](#)